

## Die deutschen Außenstände im feindlichen Ausland.

Auf viele Hunderte Millionen Mark belaufen sich die deutschen Außenstände im feindlichen Ausland, teilweise Buchforderungen aus Lieferungen, teilweise Beteiligungen an Gesellschaften und Firmen in den jetzt feindlichen Ländern oder einfache Deposita. Die genaue Höhe der Gesamtsumme steht nicht fest. Dem bisher hat unsere Reichsregierung nur die deutschen Schulden an feindliche Ausländer amtlich aufgenommen, dagegen dem zweiten Teile des Reichstagsbeschlusses, auch eine amtliche Eintragung der deutschen Forderungen an das feindliche Ausland herbeizuführen, keine Folge gegeben.

Die Reichsregierung konnte sich bei dieser ihrer ablehnenden Haltung darauf berufen, daß innerhalb unserer deutschen Gläubigerschaft selbst keine Einmütigkeit herrschte. In der Tat waren zwei einander entgegenwirkende Strömungen zu beobachten: in den großen Industrie- und Ausfuhrmittelpunkten des Westens und Südens herrschte von vornherein die Überzeugung vor, daß die deutschen Forderungen an das feindliche Ausland, soweit sie durch den Krieg notleidend werden sollten, durch besondere Maßnahmen des Reichs gesichert werden müßten und daß aus diesem Grunde die Sammlung und Prüfung der Forderungen durch geeignete Organe des Reichs vorangehen müsse. Dagegen erklärten sich zwei wichtige Mittelpunkte unseres Ausfuhrhandels: Hamburg und Berlin. In Hamburg ging man anfänglich wohl von der Ansicht aus, daß der Krieg nicht sehr lange dauern werde und daß mit Kriegsende die zerrissenen wirtschaftlichen Fäden um so eher und besser sich wieder anknüpfen lassen würden, je weniger der Staat sich hineinmischte. Es mag noch hinzugekommen sein, daß gerade in den Hansestädten seit Alters her eine beinahe unüberwindliche Scheu davor besteht, die Geschäftsbeziehungen aufzudecken, und sei es auch nur einem Vertrauensauschuß der Handelskammer. Ähnliche Gründe mögen in Berlin maßgebend gewesen sein, und so geschah es denn, daß der Hamburger Exporteur-Berein in Abereinstimmung mit dem Berliner Verein eine Haltung des Deutschen Exporteurverbandes gegen jede Registrierung der Außenstände durchsetzte, obwohl sich Ausfuhrfirmen des Westens und Südens dafür erklärt hatten. Auch die Handelskammern in Hamburg und Berlin haben alsdann ganz im Sinne des genannten Verbandes Stellung genommen, und auch der Bevollmächtigte der Hansestädte im Bundesrat hat sich dementsprechend orientiert.

Auf der andern Seite war es zuerst eine Anzahl von Geschäftsleuten im Wuppertal, die sich schon unmittelbar nach Ausbruch des Krieges zusammaten, am 12. August 1914 eine Eingabe an die Handelskammer zu Barmen richteten und darin die Schaffung einer Zentralstelle zur Anmeldung der auf ordnungsmäßigem Wege nicht eingehenden deutschen Guthaben befürworteten. Der Staat — so war das Ziel dieser Eingabe — müsse nach einem siegreichen Ausgang des Krieges den Betrag dieser (vorher von deutscher Seite geprüften) Guthaben von den feindlichen Staaten einfordern und ihn den deutschen Gläubigern auszahlen, während die feindlichen Staaten ihrerseits die ausgezahlten Gelder von den einzelnen Schuldnern wieder eintreiben könnten. Aus dieser Wuppertaler Gruppe entwickelte sich später der Verband zur Sicherung deutscher Forderungen an das feindliche Ausland, Sitz Barmen, der aus allen Teilen Deutschlands viele Zustimmungen und Mitglieder erhalten hat. Daneben vertrat der Kriegsausschuß der deutschen Industrie ebenfalls den Gedanken, daß die deutschen Außenstände gesammelt, ordnungsgemäß geprüft und unter den besondern Schutz der Reichsregierung gestellt werden müßten; nur schlug der Kriegsausschuß als besondere Schutzmaßregel die Errichtung von „Ausgleichsstellen“ vor, wo deutsche Schulden an feindliche Ausländer eingezahlt und dagegen deutsche Forderungen ausgezahlt werden sollten. Daneben waren auch internationale oder neutrale Schiedsgerichte ins Auge gefaßt.

Eine wesentliche Klärung ist dadurch eingetreten, daß sich in Hamburg neuerdings ein grundsätzlicher Umschwung vollzogen hat. Auch dort hatte sich bald nach Kriegsausbruch ein Ausschuß gebildet und Ende August eine Eingabe an den Reichskanzler in ganz ähnlichem Sinne wie die der Wuppertaler Gruppe gerichtet. Diese Eingabe fand zwar viele Unterschriften in Hamburg, der Ausschuß konnte sich aber doch zunächst nicht durchsetzen, teilweise wohl unter dem Einfluß der Tatsache, daß der Vorschlag des Kriegsausschusses der deutschen Industrie in den Kreisen Hamburger Ausfuhrhäuser auf starken Widerstand stieß. Im Stillen arbeitete indessen der Ausschuß weiter, und vor einigen Wochen drang im Hamburger Exporteur-Berein der Antrag durch, daß dieser Verein im Deutschen Exporteur-Verband für die amtliche Registrierung der Außenstände eintreten solle. In der vorigen Woche hat der Ausschuß eine neue Eingabe an den Reichskanzler gerichtet und wiederum in sehr entschiedenen Worten den besondern Schutz des Reiches für die durch den Krieg notleidend gewordenen Forderungen erbeten. Bemerkenswert sei, daß von den 28 Vereinen, die in Hamburg für diese Sache in Betracht kommen, ihrer 23 die Eingabe unterzeichnet haben. Inzwischen hat auch die Hamburger Handelskammer von diesem Umschwung der Meinungen Kenntnis erhalten, und es ist sehr kennzeichnend für den ausgeprägten Wirklichkeitsinn der Hanseaten, daß sich nunmehr nicht etwa noch weitere Gegenfähigkeiten der Handelskammer ergaben, sondern daß vielmehr jetzt gerade die Handelskammer es war, die den weitem engen Zusammenschluß der kaufmännischen Vereine in die Hand nahm, um dem bisherigen Mangel einer Organisation abzuhelfen.

Aber kurz oder lang wird sich auch in Berlin ein ähnlicher Umschwung vollziehen — wahrscheinlich schon sehr bald. Denn je mehr Rechtsgrundsätze dieser Weltkrieg über den Haufen wirft und je mehr unsere Feinde ihrem Haß gegen uns praktischen Ausdruck geben, um so stärker wird sich in allen beteiligten Kreisen bei uns die Überzeugung Bahn brechen, daß es mit der Wiederherstellung der alten Rechtsbehelfe durch die Friedensverhandlungen allein nicht getan ist, daß vielmehr besondere Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Außenstände notwendig sind, um dem nachwirkenden Haß der Feinde zu begegnen. Es mag ja befremden, daß unsere Reichsregierung zurzeit noch keinen amtlichen Zwang zur Aufgabe und Prüfung der Außenstände ausüben will. Aber wenn sich erst die Meinungen innerhalb der beteiligten Kreise vollständig geklärt haben werden und außerdem die allgemeine militärisch-politische Lage eine noch stärkere Gewähr für die bestimmende Stellung Deutschlands bei den künftigen Friedensverhandlungen bieten wird: dann dürfte auch die Reichsregierung sich der gefährdeten Früchte deutscher Arbeit und deutschen Unternehmungsgewisses annehmen. Es wäre doch widersinnig, wollte Deutschland in diesem Weltkriege, der letzten Endes der Behauptung und Festigung unserer Weltstellung gilt, irgend etwas versäumen, um gerade die Volksteile vor verhängnisvoller Schwächung zu bewahren, denen es mit in erster Linie obliegt, an Deutschlands Weltstellung praktisch zu arbeiten.